

Steuerreform 2021:

**Mehr im Börserl –
fair für alle!**

Extra:
Details zur
Steuerreform im
Blattinneren zum
Heraustren-
nen!

Foto: adobestock.com

Geförderte Mietwohnungen in Bau mit hochwertiger Ausstattung!



3100 St. Pölten
Schießstattring 37



**Mietwohnungen mit Kaufoption!
Bezug Oktober 2021!**

2 – 4 Zimmer von 51 m² - 80 m²
mit Balkon, Terrasse oder Loggia
Garagenstellplätze
HWB = 22,0 kWh/m²a, fGEE 0,80

Top-Ausstattung: Luft-Wasser-Wärmepumpe, Photovoltaikanlage,
Fußbodenheizung, 3-Scheiben-Isolierverglasung, Eiche-Parkett, großformatige Fliesen

3134 Nußdorf-Reichersdorf
Berggasse 5-11



Mietwohnungen mit Kaufoption!

2 – 4 Zimmer von 57 m² - 84 m²
mit Balkon oder Eigengarten & Terrasse
PKW Abstellplätze im Freien
HWB = 28,4 kWh/m²a – 30,4 kWh/m²a
fGEE 0,66

2136 Laa an der Thaya
St. Vitusweg 36



Mietwohnungen mit Kaufoption!

2 – 4 Zimmer von 55 m² - 83 m²
mit Balkon oder Eigengarten mit Terrasse
1x Carport je Wohnung
HWB = 28,9 kWh/m²a – 30,4 kWh/m²a
fGEE 0,68

**NÖ-Wohnzuschuss
möglich!**

Gemeinnützige Wohn- und Siedlungsgesellschaft Schönerer Zukunft Ges.m.b.H.

1130 Wien, Hietzinger Hauptstraße 119 Tel: 01/505 87 75 – 0 www.schoenerezukunft.at

OSTÖSTERREICH BAUT AUF



Ihr regionaler Baupartner:

Zweigniederlassung Hochbau NÖ u. Bgld.
Standort Trumau ▪ Dr. Körner Straße 49, 2521 Trumau
T: +43 2253 20050 - 0
E: hochbau.trumau@swietelsky.at

Zweigniederlassung Hochbau NÖ u. Bgld.
Standort Horn ▪ Riedenburgerstraße 60, 3580 Horn
T: +43 2982 3244 - 0
E: horn@swietelsky.at

Zweigniederlassung Hochbau NÖ u. Bgld.
Standort Eisenstadt ▪ Ruster Straße 136/4, 7000 Eisenstadt
T: +43 2682 64578 - 0
E: hochbau.eisenstadt@swietelsky.at

Zweigniederlassung Hochbau NÖ u. Bgld.
Standort Mistelbach
Liechtensteinstraße 8, 2130 Mistelbach
T: +43 2982 3244 - 0
E: mistelbach@swietelsky.at

Zweigniederlassung Hochbau NÖ u. Bgld.
Standort Nußdorf
Industriestraße 1-3, 3134 Nußdorf ob der Traisen
T: +43 2982 3244 - 0
E: hochbau.nussdorf@swietelsky.at

www.swietelsky.com

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser der *freiheit*!

Ein Blick auf die Fakten ist dieser Tage besonders wichtig. Zu oft werden wir mit manipulativen Nachrichten konfrontiert, die sich im Internet, insbesondere in sozialen Medien, verbreiten. So wird z.B. die Veröffentlichung privater Chats durch heimische Medien dafür genutzt, um den Vorwurf in den Raum zu stellen, dass der ÖVP-Bundesparteiboss Sebastian Kurz die Einführung der Kinderbetreuung verhindert haben soll.

Ein Faktencheck zeigt, dass es bei diesem Vorwurf mit der Wahrheit nicht so genau genommen wird. Fakt ist, dass Sebastian Kurz die Ganztagsbetreuung nicht verhindert hat: Durch die Reduktion der Bankenabgabe kam es 2016 zu einmaligen Abschlagzahlungen der Banken. Diese Abschlagzahlungen in Höhe von 750 Millionen Euro wurden für Bildungsprojekte frei. Schon 2016 war eindeutig klar, dass diese Gelder für die Kinderbetreuung verwendet werden sollen, wie ein Blick auf den damaligen Ministerratsvortrag zeigt: Dieser legt fest, dass die Gelder „insbesondere für den Ausbau von ganztägigen Schul- und Betreuungsangeboten zur Verfügung gestellt werden.“ – Und ein Blick in die Praxis zeigt: Die Gelder fließen auch tatsächlich seit 2016. Seit der Übernahme der Kanzlerschaft durch Sebastian Kurz wurden für Ganztagsbetreuung sogar 1,6 Milliarden Euro ausgezahlt. Dass sich die damalige SPÖ-ÖVP-Regierung nicht ganz einig war, wie die Mittel verwendet werden sollen, stimmt. So gab es seitens der ÖVP immer die Position gegen eine verpflichtende Ganztagschule, wie es die Agenda der SPÖ vorsehen würde. Von einem „Verhindern“ kann aber nicht die Rede sein. Der Blick auf die Fakten zeigt, dass hier verschiedene Aspekte vermischt werden! Es lohnt sich daher, genauer hinzuschauen!

Ihre Nikola König-Weixelbraun
freiheit-Chefredakteurin



Foto: Andi Bruckner

kontakt@fcg.at
www.facebook.com/FraktionChristlicheGewerkschaft

Unmittelbar am Ende des Zweiten Weltkriegs hatten Christgewerkschafter in der Laudongasse 16 in Wien den ÖAAB gegründet und waren am folgenden Tag Mitbegründer des ÖGB – und der ÖAAB ist Gründungsmitglied der ÖVP. Weil die „ÜBERPARTEILICHKEIT“ im ÖGB unter dem Einfluss der sowjet-russischen Besatzungsmacht in den folgenden Jahren immer stärker unter Druck geriet und eine gewaltsame Machtergreifung der Kommunisten drohte, organisierten sich die christlichen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter neu und gründeten 1951 die FCG. So können wir heuer unseren 70. Geburtstag feiern!

70 JAHRE FCG – WIR GEHEN DEN ÖKOSOZIALEN WEG WEITER!

EIN GASTKOMMENTAR VON DR. NORBERT SCHNEIDL – FCG-BUNDES-VORSITZENDER, GÖD-VORSITZENDER & ÖGB-VIZEPRÄSIDENT

Mit Blick auf das bisher Erreichte haben wir allen Grund stolz zu sein! In den Jahrzehnten des Wiederaufbaus und der folgenden Hochkonjunktur, veränderten sich die sozialen Herausforderungen völlig. In dieser Zeit gelang es, wichtige Errungenschaften für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erzielen. 1955 wurde das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz (ASVG) beschlossen, dem zahlreiche Novellen folgten. 1960 wurde der Karenzurlaub für Mütter auf ein Jahr verlängert. 1964 wurde der dreiwöchige Mindesturlaub eingeführt. 1967 wurde mit dem Bundespersonalvertretungsgesetz eine lange bestehende FCG-Forderung umgesetzt. Ab 1968 erfolgte in Etappen die Einführung der 40-Stunden-Woche – um nur einige Erfolge stellvertretend anzuführen.

Unsere christlich-sozialen Werte sind die beste Basis für eine gerechte Gewerkschaftspolitik. Mit dem Bekenntnis zu einer „öko-sozialen Marktwirtschaft“ wollen wir, neben dem Kampf um die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auch und besonders um die Erhaltung der Lebensgrundlagen und des Klimas ringen. Dazu braucht es eine neue Balance zwischen einer leistungsfreundlichen Wirtschaft, sozialer Solidarität und Schutz der Umwelt!

Unsere FCG-Geburtsstagsfeier fällt heuer in eine ganz besondere Zeit: Mit jeder Impfung kommen wir einem Ende der weltweiten Corona-Pandemie näher. Nehmen wir den Geburtstag zum Anlass, voller Zuversicht in die Zukunft zu schauen. In diesem Sinne – ein herzliches GLÜCK AUF!

Impressum

Herausgeber: Wiener Pressverein Medieninhaber: Wiener Pressverein (Vorstand Dir. Walter Mayr, Rudolf Habeler) | **Blattlinie:** Christlich-soziale Arbeitnehmerpolitik | **Redaktion:** Mag. Nikola König-Weixelbraun, Sabine Egerer, Irene Peer-Polzer, Mag. Elisabeth Halvax | **Anzeigenverwaltung:** Sabine Egerer, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien, 01/40141-596 | **Layout:** Dipl.-Ing. Albrecht Oppitz | **Herstellung:** Walstead NP Druck Gesellschaft m.b.H., Gutenbergstraße 12, 3100 St. Pölten. Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken.



Die größte Steuerentlastung der Zweiten Republik

ÖAAB-Bundesobmann und 1. Klubobmann-Stellvertreter August Wöginger gibt im *freiheit*-Interview erste Einblicke in die weitere Zusammenarbeit mit Sebastian Kurz und die wichtigsten Punkte der Steuerreform. Weiters erzählt er, wie es nun mit dem neuen DNA-Programm weitergeht.

freiheit: „Mein Land ist mir wichtiger als meine Person“, mit diesen Worten trat Sebastian Kurz als Bundeskanzler zurück. Wie geht es nun weiter?

August Wöginger: Die vergangenen 1,5 Jahre waren sehr fordernd. Die Bundesregierung hat ihr Bestes gegeben, die Pandemie zu bekämpfen, die Wirtschaft zu stabilisieren und Arbeitsplätze zu retten. In den vergangenen Tagen wurden Vorwürfe gegen Sebastian Kurz erhoben, die das Jahr 2016 betreffen, die falsch sind und die wir lückenlos aufklären werden. In Österreich gilt die Unschuldsvermutung für jede und jeden, egal ob für Werner Faymann, Landeshauptmann Kaiser, den dritten Nationalratspräsidenten Norbert Hofer oder jetzt auch für Sebastian Kurz. Für uns als Volkspartei ist klar: wir stehen zu 100 Prozent hinter unserem Bundesparteiohmann!

freiheit: Er ist nun wieder Klubobmann und Sie 1. Klubobmann-Stellvertreter, wie läuft hier die Zusammenarbeit?

Wöginger: Es freut mich sehr, dass Sebastian Kurz von den Mandatarinnen und Mandataren mit 100 Prozent in geheimer Wahl zum Klubobmann gewählt wurde. Wir werden uns im ÖVP-Parlamentsklub ähnlich aufstellen wie schon während der Regierungsverhandlungen 2019 mit den Grünen. Die Klubgeschäfte werde weiterhin ich führen. Ich bin tief überzeugt, dass Sebastian Kurz die falschen Anschuldigungen aufklären kann. Bis dahin freut es mich, eine derart geschlossene Unterstützung im Parlamentsklub zu erhalten.

freiheit: Sie haben im Parlament auch Stellung bezogen zu einigen Gerüchten, die gerade im Umlauf sind. Wie möchten Sie hier weiter vorgehen?

Wöginger: In der öffentlichen Diskussion, online, aber auch medial wird derzeit sehr viel vermischt und Chatprotokolle werden Sebastian Kurz zugeschrieben, die zwischen anderen Personen hin und her gingen. Es sind keine zusammenhängenden Nachrichten, sondern aus dem Verlauf gerissene Fragmente, wie beispielsweise die Nachrichten zur Kinderbetreuung. Die Bundesländer wurden damals nicht in die Verhandlungen einbezogen. Das Geld sollte auch nur für den Ausbau der Ganztageschulen fließen. Dies ist ein absolutes No-Go für uns als Familienpartei. Ignoriert wird jetzt in der Diskussion vor allem, dass die Gelder aktuell bereits an die Länder fließen und bei den Menschen ankommen. Insgesamt wurden seit 2017 sogar 1,6 Milliarden Euro für den Ausbau der Nachmittagsbetreuung bereitgestellt.

freiheit: Mit Alexander Schallenberg geht die Arbeit in der Bundesregierung weiter. Welche großen Punkte stehen in den nächsten Monaten an?

Wöginger: In der vergangenen Nationalratssitzung hat Finanzminister Gernot Blümel seine Budgetrede gehalten. Mit dem präsentierten Budget und der Steuerreform als größtem Entlastungspaket der Zweiten Republik stellen wir sicher, dass die progressive Arbeit für Österreich weitergeht. Dazu kommen Reformen im Bereich der Pflege, als eine der größten Herausforderungen in der Zukunft oder am Arbeitsmarkt. Jede und jeder, die bzw. der arbeiten kann und einen zumutbaren Job bekommt, soll auch arbeiten.

freiheit: Die größte Steuerreform wurde bereits angesprochen, was erwartet die Menschen?

Wöginger: Eine spürbare Entlastung im Börsenl, und zwar bei allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Unser Motto ist seit jeher „Wer arbeitet, darf nicht der Dumme sein“ und dies spiegelt sich in der Steuerreform wider. Die zweite und dritte Einkommenssteuerstufe wird auf 30 bzw. 40 Prozent gesenkt. Zur Entlastung von kleinen Einkommen kommt zusätzlich eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge. Davon profitieren insbesondere einkommensschwache Personen und Familien. In Summe entlasten wir die Österreicherinnen und Österreicher und die heimische Wirtschaft mit unserem Paket bis 2025 mit 18 Milliarden Euro. Dies bedeutet, dass jede und jeder Vollzeitbeschäftigte um mindestens 300 Euro pro Jahr mehr bekommt.

freiheit: Und Familien profitieren sogar noch mehr durch den Familienbonus.

Wöginger: Richtig. Der Familienbonus ist eine ÖAAB-Forderung, die wir gemeinsam umsetzen konnten, und der jetzt sogar von 1.500 auf 2.000 Euro pro Kind erhöht wird. Eine Familie mit einem durchschnittlichen Einkom-

men wird so mit bis zu 1.800 Euro pro Jahr entlastet. Dazu kommt noch der Klimabonus.

freiheit: Der angesprochene Klimabonus sorgt für einen fairen Ausgleich zwischen Land und Stadt. Wie funktioniert er?

Wöginger: Als Bundesregierung haben wir uns darauf geeinigt, dass klimaschädliches Verhalten teurer wird und klimafreundliches billiger. Im Vergleich zu ländlichen Gebieten hat man jedoch in der Stadt die Möglichkeit, auf das Auto zu verzichten und öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen. Dieser Vorteil bietet sich vielen Pendlerinnen und Pendlern jedoch nicht. Daher gelten wir die Mehrbelastung durch den regionalen Klimabonus ab. Dabei wurde jede Gemeinde von der Statistik Austria bewertet und in vier Kategorien eingeteilt. Je nach Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel bekommt jeder bis zu 200 Euro mehr pro Kopf und für Kinder zusätzlich 50 Prozent.

freiheit: Eine weitere langjährige Forderung des ÖAAB war die Mitarbeiterbeteiligung. Diese ist im Paket enthalten. Wie sehen hier die Rahmenbedingungen aus?

Wöginger: Die Steuerreform insgesamt trägt ganz klar die Handschrift des ÖAAB. Die Beteiligung aller arbeitenden Menschen am durch sie erwirtschafteten Gewinn ist ein Gebot der Stunde. Dazu wird es analog zur Corona-Prämie möglich sein, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter künftig eine lukrative Erfolgsprämie erhalten, wenn das Unternehmen Gewinne macht. Bis zu 3.000 Euro sollen diese von ihrem Arbeitgeber steuer- und sozialabgabenfrei beziehen können. Diese Möglichkeit der Mitarbeiterbeteiligung ist im Wettbewerb um Fachkräfte auch ein Standortvorteil für Unternehmen in Österreich.

freiheit: Als ÖAAB haben Sie sich in einem Reformprozess ein neues Pro-

gramm gegeben. Wie lief dieser Prozess ab?

Wöginger: Es ist nicht selbstverständlich, dass solch ein breites Programm über den Sommer erstellt wird. Dies ging nur in guter Zusammenarbeit zwischen den Länderorganisationen, den Expertinnen und Experten sowie allen Beteiligten. Ich möchte mich an dieser Stelle nochmals bei den über 350 Mitgliedern bedanken, die sich mit ihren Ideen und Vorschlägen aktiv an dem Prozess beteiligt haben. Das 113 Seiten starke Programm wurde auch einstimmig beim zweiten Teil des Bundestages in Grafenegg beschlossen.

freiheit: Welche Antworten enthält das DNA-Programm?

Wöginger: DNA steht für „Die neue Arbeitswelt“ und genau für diese wollten wir gemeinsam die neuen Antworten finden. Wir werden darin unserem Anspruch als Ideengeber gerecht und schreiben an der Zukunft mit. Dabei wurde kein Bereich des Lebens ausgelassen – von der Geburt bis ins hohe Alter, von den kleinsten Gemeinden bis nach Europa. Der Grundsatz war immer Veränderung leben, Werte erhalten. Unsere Werte sind das Fundament, auf dem wir stehen, und der Antrieb für unsere Arbeit. Wir sind einfach gesprochen die DNA der Volkspartei.

freiheit: Wie geht es nun mit den neuen Antworten weiter?

Wöginger: Es ist natürlich unser Ziel, möglichst viele Ideen aus dem DNA-Programm auch umzusetzen. In der Ökosozialen Steuerreform finden sich bereits erste Teile wieder, wie die Senkung der Steuersätze und der KV-Beiträge oder die Mitarbeiterbeteiligung. Um auch weiterhin so erfolgreich zu sein, braucht es alle Mitglieder, egal ob Minister, Nationalräte, Bundesräte, Landesräte und Landtagsabgeordnete bis hin zu den Gemeindefunktionären. Nur gemeinsam können wir unsere Zukunft gestalten und die Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft geben.



Beim zweiten Teil des ordentlichen Bundestags des ÖAAB in Grafenegg waren zahlreiche Spitzenfunktionärinnen und -funktionäre aus allen Bundesländern vertreten

Die neuen Antworten geben wir gemeinsam



Das DNA-Reformprogramm kann unter office@oeaab.com bestellt werden!

Im Auditorium des Schloss Grafenegg fand unter dem Motto „Die neuen Antworten geben wir gemeinsam!“ der zweite Teil des 28. ordentlichen Bundestags des ÖAAB statt. Dabei wurde das DNA-Reformprogramm des ÖAAB mit 100-prozentiger Zustimmung angenommen.

Mehr als 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind der Einladung des Österreichischen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbunds gefolgt. Unter den Ehrengästen befanden sich Bundesparteiobmann Sebastian Kurz, Europaministerin Karoline Edtstadler, Familienministerin Susanne Raab, Innenminister Karl Nehammer, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, ÖVP-Generalsekretär Axel Melchior, ÖVP-Frauen-Bundesleiterin Juliane Bogner-Strauß und zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der Länder und Teilorganisationen sowie weitere hochkarätige Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Durch den Bundestag führte ÖVP-Generalsekretär-Stellvertreterin Gaby Schwarz. Im Mittelpunkt des Bundestages stand das DNA-Reformprogramm, das von den anwesenden Delegierten einstimmig angenommen wurde. Grundlage für das Arbeitsprogramm bildet der Programmprozess, an dem sich zahlreiche Expertinnen und Experten, Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter aus den Gemeinden und Ländern,



„Wir sind die DNA der Volkspartei. Wir sind die, die die Themen der Zukunft kennen. Gehen wir die Arbeit an“, mit diesen Worten beendete ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger seine Rede

Funktionärinnen und Funktionäre aus der Arbeiterkammer, der Landarbeiterkammer, dem Öffentlichen Dienst und der Fraktion Christlicher Gewerkschafter und viele Interessierte beteiligt haben, um das zukunftsweisende Programm für den ÖAAB zu erstellen.

„Die neuen Antworten geben wir gemeinsam! Unter diesem Motto starteten wir im April den größten Reform-

prozess in der Geschichte des ÖAAB. Unser Ziel war es, diesen Prozess möglichst breit anzulegen und viele Mitglieder einzubinden. Über 350 Personen aus ganz Österreich arbeiteten über fünf Monate an diesem Programm. Ihnen gilt mein großer Dank. Die neun Bundesländer übernahmen dabei die Verantwortung über Themenkreise und waren wichtige Impulsgeber. Es sind die Antworten auf die Aufgaben der Ar-



Beim zweiten Teil des ordentlichen Bundestags des ÖAAB in Grafenegg waren zahlreiche Spitzenfunktionärinnen und -funktionäre aus allen Bundesländern vertreten

beitswelt von morgen, die uns nun vorliegen“, betonte ÖAAB-Bundesobmann KO August Wöginger anlässlich der Beschlussfassung des DNA-Reformprogrammes des ÖAAB im Zuge des zweiten Teils des 28.ordentlichen Bundestages des ÖAAB in Grafenegg.

„Gemeinsam wurden die neuen Antworten für viele Bereiche unseres Lebens gefunden: Wir geben Antworten auf Fragen bezüglich Gemeinschaft und Gesellschaft, Sicherheit, Generationen und hinsichtlich des Lebenslangen Lernens, des Zusammenlebens, der Mobilität und des Morgens, der Regionalität und Digitalisierung, der Regionen und Nationen, in Bezug auf Soziales und Gesundheit und der neuen Arbeitswelt. Aber am wichtigsten war und ist uns im gesamten Reformprozess immer gewesen: Wir wollen die Zukunft gestalten, aber dabei unsere Werte und Strukturen bewahren. Wir als ÖAAB leben Traditionen, sind aber der Modernisierung gegenüber stets aufgeschlossen“, erklärte ÖAAB-Generalsekretär Abg.z.NR Christoph Zarits weiter.

„Klar ist: Der ÖAAB hat die richtigen Antworten auf die aktuellen Fragen der Zeit. Bei allem, was wir tun, haben

wir die künftigen Generationen im Blick. Dieses Programm enthält wegweisende Ansätze für die Zukunft. Für uns ist Nachhaltigkeit nicht nur ein Schlagwort, wir leben sie. Wir wollen nachhaltige Arbeitnehmerpolitik machen, die die Bedürfnisse der künftigen Generationen im Auge behält. Jede Generation soll der nächsten ein besseres Österreich hinterlassen. Dafür werden wir weiterhin unser Bestes geben! Denn wir sind die DNA der Volkspartei“, betont der ÖAAB-Bundesobmann in seiner Rede zum Bundestag.



Die ÖVP-Generalsekretär-Stellvertreterin Gaby Schwarz führte durch das Programm und interviewte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka zur Geschichte des ÖAAB



Bei der Erstellung des DNA-Reformpapiers waren alle Bundesländer beteiligt und sie präsentierten auch im Rahmen des Bundestags die Ergebnisse aus ihren Arbeitsgruppen



Unter der Leitung der ÖAAB-Landesobleute wurden gemeinsam mit vielen Interessierten „Die neuen Antworten“ gefunden, die am Bundestag präsentiert wurden



Mit 100 Prozent Zustimmung wurde das neue Arbeitsprogramm DNA des ÖAAB von den Delegierten vor Ort angenommen

Eine starke GÖD-FCG



Foto: Hans P. Kober

Im Mittelpunkt der Mensch

www.goedfcg.at



göd.fcg

**Kolleginnen und Kollegen stärken.
Verantwortung leben.**

Die Menschen hinter der (Notruf-)Nummer 1450

Wer die Nummer 1450 anruft, der sucht schnelle und kompetente Hilfe – und bekommt sie auch. Warum in Niederösterreich Sicherheit „aus einer Hand“ geboten wird und welche Vorteile das hat.

270 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten bei 1450 bzw. *Notruf Niederösterreich* und sie alle bringt so leicht nichts aus der Fassung. Das gilt insbesondere für den Geschäftsführer und Gründer Christof Chwojka und Josef Sprengnagel, den Leitstellenleiter in St. Pölten, der sowohl als Betriebsratsvorsitzender bei *Notruf Niederösterreich* als auch in seiner Funktion als ÖAAB-Mitglied (GR und Delegierter auf Landes- und Bundesebene zur Wahl) Verantwortung übernimmt. „Bei uns ist alles aus einer Hand. Wenn Sie die Rettung anrufen, Sie 1450 kontaktieren oder wenn Sie den Ärztedienst brauchen – Sie kommen zu uns“, sagen sie. Eine Mitarbeiterin, ein Mitarbeiter stellt fest, mit welchem Anliegen der Anruf kommt und leitet dann an die Telefonberatung weiter, kurz ECNs¹. Das alles geht streng nach Protokoll, damit der jeweilige Anrufer, die Anruferin möglichst schnell genau zu der Person oder auch dem Ort gelotst werden kann, die er oder sie am dringendsten braucht, basierend auf Algorithmen, die auf den „Best-Point-of-Service“² abzielen. Diese klaren Vorgaben nehmen Druck raus, weil niemand improvisieren muss. Was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von *Notruf Niederösterreich* aber müssen, ist Level und Dringlichkeit der geschilderten Situation erfassen – eine Aufgabe, die viel Training und vor allem Ruhe und Fingerspitzengefühl erfordert. Bei in Hochzeiten der Pandemie ge-



Teampayer bei Notruf Niederösterreich: Betriebsratsvorsitzender Josef Sprengnagel (li.) und Geschäftsführer Christof Chwojka (re.)

zählten 18.000 Anrufen pro Tag war und ist das eine Herkulesaufgabe.

Verlauf der Coronapandemie

„Wir haben bereits im Februar 2020 gewusst, dass da etwas auf uns zukommt und unser Personal um 60 Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter aufgestockt“, so Chwojka. Gab es anfangs viele panische Anfragen von Anruferinnen und Anrufern, bei denen vielleicht ein Corona-Test angeschlagen hatte, ist man dieser Tage oft mit sehr konkreten Fragen konfrontiert, einfach weil das Wissen in der Bevölkerung stark gestiegen ist. Weil bei *Notruf Niederösterreich* Impfkoordination und Testungen aus einer Hand organisiert werden, kann man hier Infektions-Cluster oft schneller erkennen, reagieren und gegensteuern. Ein Prinzip, das nicht fremd ist: „Wenn Baumärkte beson-

dere Prozenttage für Heimwerker bewerben, wissen wir: Pünktlich um 17 Uhr gehen die Notrufzahlen nach oben“, stellt Chwojka trocken fest, eben weil die Unfallrate rasant ansteige. Dasselbe gelte für den ersten Glatteistag. Diese Erfahrungswerte hat man für den Gesundheitsnotruf 1450 in Coronazeiten übernommen. Nach Interviews von Gesundheitsexpertinnen und -experten im TV gehen die Anruferzahlen nach oben. Um genügend Personal zur Verfügung stellen zu können, arbeitet man auch im Homeoffice. „Da sind wir die einzige Leitstelle, die das macht. Etwa ein Drittel der Belegschaft arbeitet von daheim aus“, weiß Sprengnagel. Ein Sicherheitsrisiko stellt das nicht dar, das System zu hacken sei quasi unmöglich. Worauf es wirklich ankommt? Teamp- lay! „Wir schaffen das alles nur, weil wir an einem Strang ziehen.“

¹ ECN: Emergency Communication Nurses, d. i. medizinisch geschultes Personal, das auf (telefonische) Beratung in medizinischen Notfällen spezialisiert ist (HINWEIS: zur Ausbildung als ECN beim Notruf NÖ finden Sie hier nähere Infos: <https://notrufnoe.com/ausbildung/>)

² Best-Point-of-Service: Erbringung von Gesundheitsleistungen zur richtigen Zeit am richtigen Ort



PANEUM

WUNDERKAMMER DES BROTES

backaldrin®

BROT- GESCHICHTE(N) IM WOLKEN- SCHIFF

ESSEN-ZIELLES AUSFLUGSZIEL

Treten Sie ein in die Wunderkammer des Brotes – PANEUM!
In lebendiger und leicht verständlicher Weise können Sie entdecken, wie „essenziell“ Brot in der ganzen Menschheitsgeschichte, im Alltag ebenso wie in Kunst und Kultur, ist. Schätze aus allen Kontinenten und aus über 9.000 Jahren präsentieren sich inmitten einer weltweit noch nie realisierten organischen Bauform aus Vollholz und lassen uns Staunen über das „Über-Lebensmittel“ Brot. Bei all den geschichtlichen, kulturellen und architektonischen Leckerbissen kommt aber auch der kulinarische Genuss nicht zu kurz: zum Schluss gibt es für jeden Gast einen Original Kornspitz **GRATIS**.

Parkplätze befindenden sich direkt vor dem Museum.
Die gesamte Ausstellung ist barrierefrei zugänglich!

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch bis Sonntag 10.00 – 16.00 Uhr
An Feiertagen geschlossen.

WEITERE INFORMATIONEN:

PANEUM – Wunderkammer des Brotes
Kornspitzstraße 1 / 4481 Asten / Österreich
Tel. +43 7224 8821 400 / empfang@paneum.at

www.paneum.at



FAMILIEN-KULTUR- PROGRAMM

Wir vermitteln Kindern den
Stellenwert des (Jausen-)Brotes –
einst und jetzt – in eigens dafür gestalteten
Führungen. Mehr dazu auf unserer Website.

Die größte Steuerreform der Zweiten Republik

Die Regierung bringt 18 Milliarden Euro an Entlastung auf den Weg.

Die Bundesregierung hat sich auf die Ökosoziale Steuerreform mit einem Volumen von 18 Milliarden Euro geeinigt. Dabei bilden drei wesentliche Punkte die tragenden Säulen dieser größten Steuerreform der Zweiten Republik: die Entlastung für arbeitende Menschen, die Entlastung für den Standort und Anreize für umweltfreundliches Verhalten.

Konkret bedeutet das zum Beispiel, dass die zweite Einkommensteuerstufe ab Juli 2022 von 35 auf 30 Prozent gesenkt wird. Die Steuerpflich-

tigen profitieren dabei mit bis zu 650 Euro an Entlastung pro Jahr. Die dritte Einkommensteuerstufe soll in einem nächsten Schritt ab Juli 2023 dann von 42 auf 40 Prozent abgesenkt werden. Hier beträgt die maximal mögliche Entlastung pro Jahr und Steuerpflichtigem bis zu 580 Euro. Um insbesondere Personen mit kleineren Einkommen und Familien zu entlasten, werden die Beiträge zur Krankenversicherung ab Juli 2022 gesenkt. Eine weitere Maßnahme zur Stärkung unserer Familien besteht in

der Erhöhung des Familienbonus, der ab 1. Juli 2022 für jedes minderjährige Kind von 1.500 auf 2.000 Euro pro Jahr erhöht wird. Für über 18-Jährige wird der Betrag von 500 auf 650 Euro erhöht. Zudem wird es eine Erhöhung des Kindermehrbetrages von 250 auf 450 Euro geben. Durch das Mitarbeiter-Beteiligungsmodell, das bis 3.000 Euro Prämie steuer- und sozialversicherungsfrei stellt, profitieren zudem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

So profitieren Sie:

	Arbeitnehmer	Pensionisten
Monatsbezug brutto	Entlastung pro Jahr	Entlastung pro Jahr
500 €	119 €	119 €
1.100 €	238 €	215 €
1.500 €	258 €	238 €
2.000 €	315 €	351 €
2.500 €	373 €	524 €
3.000 €	567 €	713 €
3.500 €	715 €	827 €
4.000 €	813 €	941 €
4.500 €	912 €	1.055 €
5.000 €	1.010 €	1.169 €
5.500 €	1.026 €	1.230 €
6.000 €	1.226 €	1.230 €
6.500 €	1.230 €	1.230 €

Mehr im Börse

Steuerreform 2021 – Das



Ziel erreicht:

- ✓ die arbeitenden Menschen werden entlastet
- ✓ Anreize für ein umweltfreundliches Verhalten werden gesetzt
- ✓ und Arbeitsplätze und der Standort in Österreich werden gesichert!

In Summe entlasten wir die Österreicherinnen und Österreicher und die heimische Wirtschaft mit unserem Paket in den kommenden vier Jahren mit einem Volumen von mehr als 18 Milliarden Euro!



Breite Entlastung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

- » **Ab Juli 2022:** Senkung der 2. Einkommensstufe von 35 auf 30 Prozent – das bringt Steuerpflichtigen bis zu 650 Euro Entlastung pro Jahr
- » **Ab Juli 2022:** Eine Reduktion der KV-Beiträge für kleine Einkommen. Davon profitieren insbesondere einkommensschwachen Personen und Familien.
- » **Ab Juli 2023:** Die Senkung der 3. Einkommensteuerstufe von 42 auf 40 Prozent, hier ist eine maximale Entlastung von bis zu 580 Euro im Jahr möglich.

rl – fair für alle

„Fairantwortungspaket“



Stärkung der Familien

Ab Juli 2022: Erhöhung des Familienbonus von 1.500 auf 2.000 Euro pro Kind und Jahr. Das bringt pro Kind 500 Euro mehr Geld am Konto.

Für Kinder ab 18 erhöht sich der Familienbonus Plus von bisher 500 Euro pro Kind und Jahr auf 650 Euro pro Kind und Jahr.

Hinzu kommt die Erhöhung des Kindermehrbetrages auf 450 Euro.



Fleiß belohnen

Ab 1. Jänner 2022 können Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber an ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusätzlich zum Lohn bzw. Gehalt eine Mitarbeiter-Beteiligung von bis zu 3.000 Euro im Jahr steuer- und abgabenfrei auszahlen.



Klimaschutz mit Hausverstand

Wer direkt an der U-Bahn wohnt, tut sich mit Klimaschutz leichter als der Pendler oder die alleinerziehende Mutter am Land.

Konkret wird es **ab 2022** einen regionalen Klimabonus in vier Stufen geben. Nämlich 100 Euro, 133 Euro, 167 Euro und 200 Euro. Für Kinder gibt es einen Aufschlag von 50 Prozent.



Entlastung pro Jahr:
1.015 Euro

Beispiel 1:

Alleinerziehende mit Kind

Alleinerzieherin mit einem Kind (8 Jahre) aus Wien:

Kerstin ist Vollzeitangestellte (1.795 Euro Nettogehalt) bei einer Bank.

Kerstin (Monatseinkommen 1.795 Euro netto)	
Entlastung KV und Tarif	365 €
Entlastung Aufstockung Familienbonus	500 €
Entlastung Regionalbonus	100 €
Entlastung Regionalbonus Kind	50 €
Gesamtentlastung pro Jahr	1.015 €

Beispiel 2:

Familie, 2 Kinder

Ehepaar mit zwei Kindern (5 und 9 Jahre) aus Haag:

Eva ist Vollzeitangestellte (2.167 Euro Nettogehalt) in der öffentlichen Verwaltung, Roman Vollzeitangestellter (2.220 Euro Nettogehalt) bei einem Industriebetrieb.

Eva (Monatseinkommen 2.167 Euro netto)	
Entlastung KV und Tarif	567 €
Entlastung Aufstockung Familienbonus	500 €
Entlastung Regionalbonus	200 €
Entlastung Regionalbonus für 2 Kinder	200 €
Gesamtentlastung pro Jahr	1.467 €

Roman (Monatseinkommen 2.220 Euro netto)	
Entlastung KV und Tarif	616 €
Entlastung Aufstockung Familienbonus	500 €
Entlastung Regionalbonus	200 €
Gesamtentlastung pro Jahr	1.316 €



Entlastung pro Jahr:
2.783 Euro

Beispiel 3:

Pensionisten-Ehepaar

Pensionisten-Ehepaar aus Retz: Ernst war Vollzeitangestellter (1.296 Euro Nettopension) bei einem Versicherungsunternehmen, Maria war lange Zeit zu Hause und als Sprechstundenhilfe (949 Euro Nettopension) bei einem Arzt tätig.

Maria (Monatspension 949 Euro netto)	
Entlastung KV und Tarif	236 €
Entlastung Regionalbonus	200 €
Gesamtentlastung pro Jahr	436 €

Ernst (Monatspension 1.296 Euro netto)	
Entlastung KV und Tarif	241 €
Entlastung Regionalbonus	200 €
Gesamtentlastung pro Jahr	441 €



Entlastung pro Jahr:
877 Euro



Pflege braucht

unsere Hilfe:

Sagen Sie uns

Ihre Meinung unter

pflege@ak-tirol.com

 **PATIENT PFLEGE**



**PFLEGE.
HANDELN.
JETZT!**

Mehr unter ak-tirol.com

ÖAAB-Mandatare und ihr „Lieblingsort in Österreich“

Johann Singer



Hans Singer mit Gattin und Freunden im Nationalpark Kalkalpen

freiheit: Welcher ist Ihr Lieblingsort in Österreich und warum?

Seit Geburt ist Schiedlberg mein Heimatort. Mit seinen 1.300 Einwohnerinnen und Einwohnern ist Schiedlberg eine kleine Gemeinde, d.h. man kennt die Menschen, die Geschichte, den Tratsch, die Natur und alles, was zum Dorfleben gehört. Damit verbunden ist die „Dazugehörigkeit“, das Bewusstsein, Teil dieser Gemeinschaft zu sein. Alles, was ein Lieblingsort können muss. Eine besondere Beziehung habe ich zu den Gemeinden meines Heimatbezirkes Steyr-Land. Sie sind geprägt von der Vielfalt der Natur, von den alpinen Bereichen im Süden mit dem Nationalpark Kalkalpen bis hin zum Flachland im Norden mit der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung. Der Bezirk hat auch kulturell viel zu bieten.

Der Oberösterreichler Johann Singer ist seit 28. Oktober 2008 als Abgeordneter im Nationalrat tätig. Als ÖVP-Bereichssprecher für Bauten und Wohnen ist er in viele Verhandlungen eingebunden. Seinen politischen Werdegang in der ÖVP begründete Singer 1989 als Mitglied des Parteivorstandes von Schiedlberg. Seit 1997 ist er Mitglied des Bezirksparteivorstandes. 18 Jahre lang war Singer außerdem ÖAAB Betriebsgruppenobmann der Bezirkshauptmannschaft Steyr-Land. Seit 2008 arbeitet er auch als Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Schiedlberg.

freiheit: Gibt es ein spezielles Erlebnis, das Sie besonders mit diesem Ort verbinden?

In zwei Gemeinden meines Heimatbezirkes durfte ich einige Zeit Regierungskommissär sein. Sozusagen Bürgermeister auf eine bestimmte Zeit. In keiner anderen Funktion lernt man die Gemeinschaft mit allen Stärken und Schwächen so kennen wie als Bürgermeister. Es ist wunderschön, auch andere Gemeinschaften so intensiv kennenlernen zu dürfen.

freiheit: Haben Sie für unsere Leserinnen und Leser einen Insider-Tipp für diesen Ort?

Ja, sehr empfehlen kann ich den Besuch des Nationalparks Kalkalpen. Wild und artenreich ist er das größte zusammenhängende Waldgebiet Österreichs. Hier findet man auch eines der längsten

unversehrten Bachsysteme der Ostalpen. Sich in der unversehrten Natur aufzuhalten, die Seele baumeln zu lassen, stärkt jeden von uns.



Im Nationalpark Kalkalpen findet man eines der längsten unversehrten Bachsysteme der Ostalpen

freiheit: Was ist – in Nicht-Corona-Zeiten – Ihr Lieblingsort außerhalb Österreichs und warum?

Faszinierend finde ich die Städte Nordeuropas. Danzig, St. Petersburg, Bergen, Stockholm, Kopenhagen und viele mehr haben historisch, kulturell und auch kulinarisch viel zu bieten.

FREIHEIT | PARLAMENTARISMUS ERKLÄRT

Mandats-Rückkehr eines Regierungsmitgliedes

ÖVP-Parteibobmann Sebastian Kurz ist als Bundeskanzler zurückgetreten, hat sein Nationalratsmandat wieder angenommen (er war Nummer eins auf der Bundesliste), wurde am 14. Oktober 2021 in der Plenarsitzung des Nationalrates angelobt und ist nun Klubobmann der ÖVP.

Dieser Vorgang ist auch in der Österreichischen Bundesverfassung genau geregelt. Dort heißt es: „Hat ein Mitglied der Bundesregierung oder ein Staatssekretär auf sein Mandat als

Mitglied des Nationalrates verzichtet, so ist ihm nach dem Ausscheiden aus diesem Amt... das Mandat erneut zuzuweisen, wenn der Betreffende nicht gegenüber der Wahlbehörde binnen acht Tagen auf die Wiederausübung des Mandates verzichtet hat. Durch diese erneute Zuweisung endet das Mandat jenes Mitglieds des Nationalrates, welches das Mandat des vorübergehend ausgeschiedenen Mitglieds innegehabt hat, so fern nicht ein anderes Mitglied des

Nationalrates, das später in den Nationalrat eingetreten ist, bei seiner Berufung auf sein Mandat desselben Wahlkreises gegenüber der Wahlbehörde die Erklärung abgegeben hat, das Mandat vertretungsweise für das vorübergehend ausgeschiedene Mitglied des Nationalrates ausüben zu wollen.“

Somit ist dies ein durchaus normaler – ja sogar in der Verfassung vorgesehener – Vorgang des Wechsels von der Bundesregierung in den Nationalrat.

Splitter aus dem Parlament

Sobotka in Schweden

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka hat in Stockholm an der Eröffnung der Tagungsperiode des schwedischen Reichstags teilgenommen. Die Eröffnung nahm König Carl XVI. Gustaf vor, sie stand im Zeichen von 100 Jahre Frauenwahlrecht in Schweden. Nach der Eröffnung wurde Sobotka von König Carl XVI. Gustaf zu einer Audienz empfangen. Schließlich traf der Nationalratspräsident seinen Amtskollegen, den Präsidenten des schwedischen Reichstages Andreas Norlén, zu einem Gespräch. Bei dem Austausch thematisierte Sobotka die Digitalisierung und den Kampf gegen die Cyberkriminalität: Europa müsse wesentlich stärker auf Digitalisierung setzen. Sobotka gratulierte zu 100 Jahren



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (li) mit seinem Amtskollegen, dem Präsidenten des schwedischen Reichstages, Andreas Norlén (re.)

Frauenwahlrecht in Schweden. Ein Jubiläum, welches das österreichische Parlament vor zwei Jahren ebenfalls feierte. Sobotka bezeichnete den Kampf um die Frauenrechte als eine Geschichte des Auf und Ab, es sei bereits viel erreicht worden, „aber wir haben noch viel Arbeit vor uns“. Weiters hob der Nationalratspräsident im Austausch mit dem Präsidenten des schwedischen Reichstages die ausgezeichneten Beziehungen zwischen den beiden Volksvertretungen hervor.

Bei der Audienz bei König Carl XVI. Gustaf erinnerte Sobotka an die Hilfsprogramme Schwedens nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese seien insbesondere für das Überleben von unzähligen Kindern entscheidend gewesen. Österreich werde die Hilfe Schwedens in dieser schwierigen Zeit nie vergessen, bekräftigte der Nationalratspräsident den Dank der Republik.

Deckenbacher besuchte Jagdkommando und Assistenzeinsatz

„Großartig, was die Soldatinnen und Soldaten für die Sicherheit in unserem Land leisten“, sagte Nationalratsabgeordnete Romana Deckenbacher, nachdem sie gemeinsam mit der Parlamentarischen Bundesheerkommission Prüfbesuche beim Jagdkommando in Wiener Neustadt und beim Assistenzeinsatz im Südburgenland abgestattet hatte.

Deckenbacher ist Ersatzmitglied der Parlamentarischen Bundesheerkommission. Diese dient im militärischen Alltag als demokratisches Prüf- und



Der Kommandant der Jagdkommission, Brigadier Philipp Segur-Cabanac, Abg. Romana Deckenbacher und der Militärkommandant Burgenland, Brigadier Gernot Gasser (v.l.n.r.)

Kontrollorgan. Sie nimmt Beschwerden von Soldatinnen und Soldaten oder wehrpflichtigen Personen entgegen und prüft diese. Mit ihren Prüfbesuchen trägt die Kommission wesentlich zur Verbesserung der Situation im

Interesse der Soldatinnen und Soldaten, des Ministeriums und vor allem der Republik Österreich bei. Durch die Prüfbesuche und die Berichte, die erstattet werden, können gezielt Verbesserungen vor Ort für die Soldatinnen und Soldaten vorgenommen werden.

Podiumsdiskussion zu Afghanistan

„Afghanistan – Strategische Bedeutung, Migration, Menschenrechte“ lautete der Titel einer Podiumsdiskussion, zu der der ÖAAB Wien in Kooperation mit dem Lois-Weinberger-Institut geladen hatte. Am Podium diskutierte unter anderem die



Die ÖVP-Sprecherin für Menschenrechte und Vertriebene, Gudrun Kugler, diskutiert zum Thema Afghanistan mit

ÖVP-Sprecherin für Menschenrechte und Vertriebene, Gudrun Kugler. „Humanitäre Hilfe in Afghanistan ist notwendig und bedeutet keine Anerkennung des Regimes. Die von der EU vorgegebenen menschenrechtlichen Mindeststandards sind für eine Zusammenarbeit ausschlaggebend. Für verfolgte Menschen muss es Zufluchtsorte in den Nachbarländern geben. Österreich ist dabei weit über seine Größe hinaus engagiert. Gleichzeitig ist die Integration von zirka 44.000 Afghanen in Österreich eine wichtige Baustelle“, so die Abgeordnete.

Wallfahrt nach Mariazell

Der ÖVP-Parlamentsklub hat sich im September erstmals auf Wallfahrt nach Mariazell begeben. Knapp 70 Personen – darunter Abgeordnete



Die Mandatarinnen und Mandatare des ÖVP-Parlamentsklubs pilgerten gemeinsam nach Mariazell

aus National- und Bundesrat und dem Europaparlament – nahmen an dem Fußmarsch von Annaberg-Wienerbruck nach Mariazell teil. Die erste Etappe wurde mit der Mariazellerbahn zurückgelegt, die restlichen zehn Kilometer zu Fuß. Klubobmann August Wöginger erklärte zu den Beweggründen für diese Premiere, dass die Coronapandemie-Bewältigung auch das Parlament und die Abgeordneten sehr gefordert habe. Dafür gelte es Dank zu bezeugen. Zweitens sei die Wallfahrt auch Ausdruck der „Bitte an den Herrgott“ um einen guten Start in die Herbstsession: Wöginger: „Wir haben immer noch viele Herausforderungen zu bewältigen.“

Die Pilger feierten abschließend eine Messe in der Mariazeller Basilika, die der Generalsekretär der Österreichischen Bischofskonferenz, Peter Schipka, leitete. Er wolle „den an diesem Tag beschrittenen geistlichen Weg auch in diesem Gottesdienst weitergehen“, sagte Schipka in seiner Predigt.

Pfurtscheller-Appell an die Frauen „Gehen Sie zum Brustkrebsscreening“

Bereits zum zehnten Mal unterstützte das österreichische Parla-

ment die Pink-Ribbon-Woche als Zeichen für den Kampf gegen Brustkrebs. Am „Pink-Ribbon-Tag“, dem 1. Oktober, ließen die Frauensprecherinnen der Parlamentsparteien als

sichtbares Zeichen dafür rosa Luftballone in den Himmel steigen. Auf der Parlamentshomepage wurden Statements der Frauensprecherinnen veröffentlicht. „Der Pink-Ribbon-Tag sagt uns: Vorsorge ist wichtig“, so ÖVP-Frauensprecherin Liesi Pfurtscheller.



ÖVP-Frauensprecherin Liesi Pfurtscheller vor dem mit dem Pink-Ribbon geschmückten Parlament

„Wichtig gerade auch in Zeiten der Coronapandemie. Leider haben sehr viele Menschen in dieser schwierigen Zeit ihre Vorsorgemöglichkeiten nicht in Anspruch genommen. Daher appelliere ich an Sie, meine geschätzten Damen: Bitte nehmen Sie die Möglichkeiten zum Brustkrebsscreening

in Anspruch. Ihre Gesundheit ist uns wichtig. Wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier möchten, dass Sie gesund bleiben“, sagt Pfurtscheller in der Videobotschaft.

Wissenswert: Seit 2014 gibt es das *Brustkrebs-Früherkennungsprogramm*, das sich an Frauen ab 40 Jahren richtet und eine kostenlose Mammografie zur Vorsorge beinhaltet.

Mehr als 250 Stunden werden in Gebärdensprache gedolmetscht

„Es ist mir wichtig, dass das Parlament ein offenes Haus für alle Österreicherinnen und Österreicher ist“, so Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka anlässlich des Tages der Gebärdensprachen am 23. September. Gemeinsam betonten Sobotka und die ÖVP-Sprecherin für Menschen mit Behinderung, Kira Grünberg, in diesem Zusammenhang den unverzichtbaren Beitrag für demokratische Teilhabe. „Erst durch die Übersetzung in Gebärdensprache wird es gehörlosen und schwerhörigen Menschen ermöglicht, sich aktiv an politischen Diskussionen zu beteiligen“, so Grünberg.



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka mit einer Gebärdendolmetscherin im Parlament

Gedolmetscht werden im Hohen Haus Nationalrats- und Bundessitzungen, Sondersitzungen, Enqueten und Sonderthemen. Insgesamt waren es in der Tagungsperi-

ode 2020/2021 rund 250 Stunden an Plenarsitzungen, die in Gebärdensprache übersetzt wurden.

Wissenswert: *Der Welttag der Gebärdensprachen* wurde 1951 von der World Federation of the Deaf (Weltverband der Gehörlosen) ins Leben gerufen. Seit der Angelobung der Abgeordneten Helene Jarmer im Juli 2009 gibt es von 9.00 bis 19.00 Uhr Gebärdensprachdolmetschung im Nationalrat. Davor gab es diese Übersetzungsleistung nur vereinzelt zu bestimmten Tagesordnungspunkten.

Bundesrat

Karl Bader – ÖVP-Bundesrat aus Lillfeld in Niederösterreich – wurde in der Fraktionssitzung der ÖVP-Bundesräte einstimmig zu deren Fraktionsvorsitzendem wiedergewählt. Eine erste Gratulation zu Wahler-



Fraktionsvorsitzender Bundesrat Karl Bader (re.) und Bundesrätin Andrea Eder-Gitschthaler (li.)

gebnis und Wiederwahl kam von 1. stv. Klubobmann August Wöginger. „Ich freue mich auf eine weitere gute Zusammenarbeit innerhalb unserer gesamten ÖVP-Fraktion. Dieser Zusammenhalt von Nationalräten, Bundesräten und Europaabgeordneten ist mir wichtig.“

Große Freude besteht darüber, dass aufgrund des Wahlergebnisses bei

den Landtagswahlen in Oberösterreich die Fraktionsstärke der ÖVP-Bundesräte um ein Mandat auf 26 anwächst. „Damit ist die bisherige Pattsituation aufgehoben und die Regierungsfractionen haben auch im Bundesrat wieder eine Mehrheit, was die Abstimmungen und damit die Gesetzgebung leichter macht“, so Bader und Wöginger unisono.

Neuer Bundeskanzler, neuer Außenminister, neuer Klubobmann

Noch am 3. Oktober 2021 hat die Bundesregierung einhellig mit der Ökosozialen Steuerreform die größte Entlastung für arbeitende Menschen präsentiert, die es in der Zweiten Republik je gegeben hat. Doch schon am Tag darauf begannen nach Ermittlungen und Hausdurchsuchungen der Justiz die politischen und medialen Vorwürfe gegen Bundeskanzler Kurz und die Grünen haben ihm das Vertrauen entzogen. Dies gipfelte darin, dass Sebastian Kurz am Wochenende vom 8. bis 10. Oktober 2021 den Entschluss fasste, für Stabilität zu sorgen, indem er Alexander Schallenberg als Kanzler vorschlägt und selbst als Klubobmann der Volkspartei im Parlament tätig sein wird. Damit wurde vor allem verhindert, dass eine Vierer-Koalition aus Herbert Kickl, Pamela Rendi-Wagner, Beate Meinel-Reisinger und Werner Kogler das Land ins Chaos stürzt. „Mein Land ist mir wichtiger als meine Person“, war der eindringliche Satz des Kanzlers.

Am 11. Oktober 2021 wurde der bisherige Außenminister Alexander Schallenberg von Bundespräsident Alexander Van der Bellen zum neuen Bundeskanzler angelobt. Sein Nachfolger als Außenminister wurde der Diplomat Michael Linhart. In der Klubsitzung des ÖVP-Parlamentsklubs wurde am gleichen Tag Parteiobmann Sebastian Kurz in ge-

heimer Wahl einstimmig zum neuen Klubobmann gewählt, August Wöginger ebenfalls einstimmig zum 1. stv. Klubobmann.

Die Angelobung

Am Plenartag des 14. Oktober 2021 wurde Parteiobmann Klubobmann Sebastian Kurz zu Beginn der Plenarsitzung zum Nationalratsabgeordneten der ÖVP angelobt (siehe auch „Parlamentarismus erklärt“). „Der Parlamentsklub der Österrei-



Sebastian Kurz ist neuer Klubobmann der ÖVP und nahm nach seiner Angelobung seinen Sitzplatz in der ersten Reihe im Plenum ein

chischen Volkspartei steht einig und geschlossen hinter Bundesparteiobmann Klubobmann Sebastian Kurz. Wir werden gemeinsam mit ganzer Kraft für die Menschen in Österreich arbeiten“, sagte Wöginger nach der Angelobung und bedankte sich bei Sebastian Kurz für dessen Tätigkeit als Bundeskanzler. „Er hat das Land nach vorne gebracht und Reformen eingeleitet, die es vorher nie gab“, hob Wöginger unter anderem den Familienbonus, das ausgeglichene Budget, die Bewältigung der Pandemie, die Maßnahmen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise und die nun fertige Ökosoziale Steuerreform hervor. „Er wird weiterhin als Partei- und Klubobmann seinen Beitrag für die Republik und die Menschen in diesem Land leisten.“



Foto: adbestock

Budget 2022 für Aufschwung, Stabilität und Nachhaltigkeit

Das Budget 2022 soll den finanziellen Weg aus der Krise weisen: Mit einem Kurs in Richtung nachhaltige öffentliche Finanzen und der Umsetzung des Regierungsprogramms. Die Ökosoziale Steuerreform inkl. der CO₂-Bepreisung bringt Haushalten und Unternehmen schon im Jahr 2022 in Summe 2,6 Milliarden Euro. Die Mittel für Zukunftsinvestitionen in den Standort betragen 2022 in Summe 0,6 Milliarden Euro. Die Mittel für die unmittelbare Krisenbewältigung schrumpfen 2022 von 13,7 auf 3,9 Milliarden Euro. Die wichtigsten Kennzahlen präsentiert die *freiheit*.

Aktuell erleben wir in Österreich eine der herausforderndsten Situationen in der Zweiten Republik. Auch das Budget für das kommende Jahr ist nach wie vor von der Krise geprägt. Dabei ist es dennoch gelungen, ein Paket zu schnüren, das den Weg aus der Krise weisen soll und gleichzeitig in den einzelnen Ressorts einen Handlungsspielraum ermöglicht, Investitionen für die Zukunft zu tätigen.

Wirksame Wirtschaftshilfen als Basis für Aufschwung

Mit seiner zweiten Budgetrede präsentierte Finanzminister Gernot Blümel vor dem Nationalrat den Bundeshaushalt für das Jahr 2022. Mit dem größten Hilfspaket seit dem Marshallplan hat die Bundesregierung in den Jahren 2020 und 2021 mehr als 200 Maßnahmen für Gesundheit, Arbeitsplätze und Wirtschaft ins Leben gerufen. Durch die Wirtschaftshilfen konnten im Jahr 2020 bis zu 350.000

Arbeitsplätze gerettet werden. Am Höhepunkt der Krise wurden allein durch die Kurzarbeitsbeihilfen 1,2 Millionen Arbeitsplätze gesichert. 3,4 Milliarden Euro wurden über den Umsatzersatz an im Lockdown geschlossene Betriebe ausbezahlt. Knapp 790 Millionen Euro haben die Gemeinden für kommunale Investitionsprojekte abgerufen und aktuell werden immer noch 5,1 Milliarden Euro an Steuern und Abgaben in Ratenzahlungsmodellen abgewickelt oder sind herabgesetzt.

Österreich hat die Pandemie damit besser gemeistert als viele andere Länder und das spiegelt sich nun in den positiven Wachstumszahlen und ebenso positiven Erwartungen für das kommende Jahr wider. Die Wende ist eingeleitet, für heuer und für nächstes Jahr sind ein Aufholeffekt und ein Anstieg der Staatseinnahmen zu erwarten. Für heuer erwartet

das Wirtschaftsforschungsinstitut ein Wachstum von 4,4 Prozent, für die weiteren Jahre sei mit einem soliden Wachstumskurs zu rechnen. Das Wachstum werde dabei helfen, die Staatsschulden wieder zu vermindern, denn der Abbau von Schulden ist die beste Vorsorge für Krisen. Die Verminderung der Staatsschulden erfolge dadurch, dass budgetäre Schwerpunkte gesetzt werden: „Schuldenabbau heißt nicht Sparpaket“, so der Finanzminister in seiner Budgetrede.

Schwerpunkt für Ökosoziale Steuerreform

Die Ökosoziale Steuerreform ist so ein Schwerpunkt. Mit ihr wird die größte Transformation des Steuersystems der Zweiten Republik eingeleitet. Erstmals wird – um das Klima zu schützen – ein Preis auf Kohlendioxid (CO₂) eingeführt werden. In Sum-

me werden vier Ziele verfolgt: Arbeitende Menschen und Pensionisten entlasten, Anreize für umweltfreundliches Verhalten setzen, den Standort Österreich nachhaltig stärken und die Staatsschuldenquote Österreichs nach der Krise Schritt für Schritt reduzieren. Mit dieser Steuerreform wird auch unserer Wirtschaft beim ökologischen Umstieg geholfen und sie stärkt den Standort Österreich im globalen Wettbewerb.

Im Zuge der Ökosozialen Steuerreform wird der Bundesfinanzrahmen für Klima- und Umweltschutz bis 2025 um 5,9 Milliarden Euro gesteigert. Der höchste Auszahlungsbetrag ist für den regionalen Klimabonus (5,45 Milliarden Euro) vorgesehen, mit dem die Einnahmen durch die CO₂-Bepreisung direkt an die Menschen rückverteilt werden.

Unternehmen werden mittels der KÖSt-Senkung von 25 auf 23 Prozent nachhaltig entlastet und der Investitionsfreibetrag inkl. Ökologisierungskomponente umfasst bis zu 350 Millionen Euro. Innerhalb der CO₂-Bepreisung nimmt die Bundesregierung mit einem Rückverteilungsmechanismus Rücksicht auf die heimischen Betriebe, um zu verhindern, dass Unternehmen ihre Produktion ins Ausland verlagern müssen.

Laut einer ersten Analyse von Eco Austria erhöht die Steuerreform im Endausbau das Bruttoinlandsprodukt um nachhaltig 1 Prozent bzw. 4 Milliarden Euro pro Jahr. In Summe steigt die Beschäftigung um mehr als 30.000 Personen.

Ausgewählte weitere Schwerpunkte im Budget

2022 werden rund 3,7 Milliarden Euro für Pflegeleistungen ausgegeben, in



Finanzminister Gernot Blümel bei der Präsentation des Budgets für das Jahr 2022

die Pflegeausbildung werden in den Jahren 2022–2024 jeweils 50 Millionen Euro investiert. Im Gesundheitsbereich werden 3,2 Milliarden Euro unter anderem für die Pandemiebekämpfung und -prävention sowie COVID-Impfstoffe bereitgestellt. Ab 2022 ist auch die Rückerstattung der Senkung der Krankenversicherungsbeiträge budgetiert.

Für den Schutz von Frauen vor Gewalt, insbesondere Schutz vor Gewalt innerhalb der Familie, werden im Sicherheitsressort 10 Millionen Euro aufgestockt. Insgesamt steigt das Budget des Innenressorts über den nächsten Bundesfinanzrahmen um 236,4 Millionen Euro. Darunter wird unter anderem das Budget für das Anti-Terror-Paket um 120 Millionen Euro gesteigert, wovon die Hälfte für das nächste Jahr vorgesehen ist. Die Ausstattung und Ausrüstung der Polizei wird damit modernisiert und den neuen Bedrohungen angepasst.

Insgesamt steigen die Mittel des Bundeskanzleramtes für 2022 gegenüber dem letzten Bundesfinanzrahmen um 18,5 Prozent. Davon entfallen 55,4

Millionen Euro allein auf die Aufstockung der Deutschkursplatzförderung des Österreichischen Integrationsfonds.

Das Bildungsbudget wird bereits im Jahr 2022 die 10-Milliarden-Euro-Marke übersteigen. Damit werden unter anderem die Digitalisierungsoffensive des Unterrichts fortgeführt und die psychologische Unterstützung an Schulen ausgebaut. Bis zum Schuljahr 2023/24 wird jeder Schüler und jede Schülerin der Unterstufe mit einem elektronischen Gerät ausgestattet.

Fahrplan zum Budgetbeschluss

Der Entwurf zum Bundeshaushalt wurde im Ministerrat beschlossen und dann umgehend durch den Finanzminister dem Nationalrat – am 13. Oktober – präsentiert. Danach wurden die ersten Plenardebatten fortgesetzt sowie die Zahlen der einzelnen Ressorts präsentiert. Nach der weiteren Behandlung im Budgetausschuss soll der Beschluss des Bundeshaushaltes 2022 am 18. November erfolgen.

Unterwegs in Österreich



Foto: Ronald Fenik

Frauenpower im Burgenland

Mitte Oktober fand in Eisenstadt der Landtag der ÖVP Frauen Burgenland statt. Die burgenländische Landtagsabgeordnete Julia Wagentristl ist dabei zur neuen Landesleiterin der ÖVP-Frauen gewählt worden. Sie folgt Gabriele Hafner nach. Bereits Mitte August hatte der Landesvorstand Wagentristl zur geschäftsführenden Landesleiterin bestimmt. Am Landtag wurde sie nun auch von den Delegierten einstimmig gewählt. ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits war dabei als Ehrengast geladen. Im Bild (v.l.n.r.): GR Heidi Hahnekamp, Petra Bauer, Regina Lackner, Bürgermeister aus Eisenstadt Thomas Steiner, ÖVP-Generalsekretär-Stellvertreterin Gaby Schwarz, Landesleiterin Julia Wagentristl, GR Waltraud Bachmaier, Hanni Pronai, ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits und Gerti Forstik



Foto: ÖAAB Salzburg

Salzburger ÖAAB startet in den Herbst

Mit ÖAAB-Bundesobmann-Stellvertreterin und Europaministerin Karoline Edtstadler fand Mitte Oktober das Herbstfest des Salzburger ÖAAB in Werfen statt. Gut gelaunt fanden sich die Gäste im Brennhofgewölbe ein, um den politischen Herbst einzuläuten. ÖAAB-Landesobmann Karl Zallinger und Landesgeschäftsführer Jurica Mustac freuten sich, besonders viele Freundinnen und Freunde des ÖAAB Salzburg und langjährige Wegbegleiter unter den Gästen begrüßen zu dürfen. Im Bild: Landesgeschäftsführer Jurica Mustac (li.), Europaministerin Karoline Edtstadler (Mitte) und Landesobmann Karl Zallinger (re.) genossen den gemütlichen Nachmittag unter Freunden



Foto: ÖAAB Salzburg

Erster Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmergipfel in Salzburg

Mitte Oktober fand in Salzburg der Erste Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmergipfel statt. Funktionärinnen und Funktionäre sowie Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmervertreter aus Österreich sowie aus Bayern und Südtirol versammelten sich, um über die wichtigsten Themen der Zeit zu debattieren. Tagsüber wurden in Workshops Themen zu Pflege, Bildung, Familie, Arbeit und Lehre beleuchtet, abends gab es eine prominent besetzte Podiumsdiskussion u.a. mit Bildungslandesrätin Daniela Gutschi, FCG-Bundesvorsitzenden Norbert Schnedl und AMS-Landesgeschäftsführerin Jacqueline Beyer. Im Bild (v.l.n.r.): FCG-Bundesvorsitzender Norbert Schnedl, AMS-Landesgeschäftsführerin Jacqueline Beyer, Bildungslandesrätin Daniela Gutschi, Geschäftsführer von Wimmer International, Andreas Wimmer, und Moderatorin Katharina Gudmundsson



Foto: NÖAAB

Bildungs-Highlight für engagierte Mitglieder

Ein bundesländerübergreifendes Bildungsangebot bieten die ÖAAB-Landesorganisationen Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark ihren Mitgliedern. Neben den inhaltlichen Themen eröffnet die „Bildungsfabrik“ eine gute Chance zur Vernetzung mit anderen Arbeitnehmervertreterinnen und Arbeitnehmern aus diesen drei Bundesländern. In drei Modulen wird motivierten und engagierten Nachwuchsfunktionären die Möglichkeit gegeben, die politische, fachliche und persönliche Bildung des politischen Handwerks in einer Arbeitnehmerorganisation kennenzulernen. Beim ersten Modul in Niederösterreich ging es u.a. um die Veränderung der Arbeitswelt und die Digitalisierung. Im Bild: NÖAAB-Landesobfrau Christiane Teschl-Hofmeister (Mitte) und die drei Landesgeschäftsführer Günther Ruprecht (Stmk.), Wolfgang Brandstetter (OÖ) und Simon Schmidt (NÖ) und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des ersten Moduls der „Bildungsfabrik“

Simon Schmidt ist neuer NÖAAB-Landesgeschäftsführer

Simon Schmidt übernimmt die Agenden des Landesgeschäftsführers des NÖAAB und folgt in dieser Funktion Sandra Kern nach.

Simon Schmidt begann seine politische Arbeit in der Jungen ÖVP, wo er unter anderem Bezirksobmann im Bezirk Korneuburg war. Neben seiner langjährigen Tätigkeit als Gemeinderat in Bisamberg hatte und hat er verschiedenste Funktionen in der niederösterreichischen Volkspartei inne. Seit 2017 ist Schmidt als Bezirksgeschäftsführer der ÖVP im Bezirk Korneuburg tätig.

„Ich freue mich auf meine neue Tätigkeit im NÖAAB und darf mich bei Sandra Kern für ihre Arbeit in den vergangenen Jahren bedanken. Es sind herausfordernde Zeiten, wobei ich mir sicher bin, dass mein motiviertes Team und ich diese bestens meistern werden. Ich lade alle Mitglieder sowie die Funktionärinnen und Funktionäre zur Mitarbeit ein und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit im Sinne unserer NÖAAB-Gemeinschaft“, so der 44-Jährige.



Foto: NÖAAB

Die GEDESAG baut für Sie in Niederösterreich
gefördert & provisionsfrei



MANK I D

15 Wohnungen (Betreutes Wohnen)



KIRCHBERG VI B

27 Wohnungen, 4 Reihenhäuser



SENFTENBERG III A + B

6 Wohnungen, 8 Reihenhäuser



WEITEN II

6 Wohnungen, 8 Reihenhäuser



FURTH XIII

20 Wohnungen, 6 Reihenhäuser



TULLN VI

76 Wohnungen



KLEINZELL III A

11 Wohnungen



KRUMMNUSBAUM I

15 Wohnungen, 6 Reihenhäuser

T +43 2732/ 833 93

www.gedesag.at

info@gedesag.at

Elternsorgen?



Für ein unbesorgteres Familienleben:

Die richtige Versicherung für jede Lebensphase.
Mehr auf [wienerstaedtische.at](https://www.wienerstaedtische.at), telefonisch und natürlich auch persönlich.

#einesorgeweniger

Ihre Sorgen möchten wir haben.

**WIENER
STÄDTISCHE**
VIENNA INSURANCE GROUP

